

Jürgen Mittag

Zwischen Transfer- und Pionierforschung: Zwölf Problemfelder einer Agenda europabezogener Gewerkschaftsforschung

Die Einzelbeiträge dieses Hefts haben sowohl das Potenzial einer eingehenden Auseinandersetzung mit der Geschichte der deutschen Gewerkschaften im Kontext der europäischen Integration dokumentiert, als zugleich auch die zahlreichen weißen Flecken dieses Themenfelds verdeutlicht. Mit Blick auf diese Schlussfolgerung und in Anknüpfung an die Ergebnisse bisheriger wissenschaftlicher Analysen werden im folgenden Beitrag insgesamt zwölf Untersuchungsfelder identifiziert, die für eine künftige europabezogene Gewerkschaftsforschung mit historischer Ausrichtung Bedeutung entfalten können. In diesem Zusammenhang wird eine „Forschungsagenda“ zur Diskussion gestellt, die indes nicht beansprucht, ein vollständiges Panorama zu zeichnen, sondern vielmehr einen Rahmen für weitergehende Arbeiten und Forschungen eröffnen will.

Wie aus dem einleitenden Literaturüberblick des Hefts hervorgeht, ist der gegenwärtige Forschungsstand zum Thema stark sozialwissenschaftlich geprägt. Vor diesem Hintergrund rekurriert auch die nachfolgende Betrachtung zunächst vielfach auf die vorliegenden sozialwissenschaftlichen Forschungserträge. Mit diesem Zugang ist häufig ein kritisch beäugter Brückenschlag verbunden. Sozial- und Geisteswissenschaft sind in der deutschen Wissenschaftslandschaft bislang zumeist getrennte Wege gegangen. Über weite Strecken des 20. Jahrhunderts suchten namentlich Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft eigene Pfade. Die dünn gesäten Ausnahmen hatten in der Regel eher strukturell-institutionelle als wissenschaftlich-systematische Hintergründe. Wenn man sich nicht gänzlich sprachlos gegenüberstand, begegneten sich die Disziplinen mit tiefer Skepsis: So wurde vor allem der politischen Geschichte vorgehalten, die politikwissenschaftlichen Standards nicht zur Kenntnis zu nehmen und vielfach deskriptive Züge aufzuweisen. Demgegenüber wurden die politikwissenschaftlichen Analysen mit dem Vorwurf konfrontiert, nicht selten die zeit-historische Prägung ihrer Gegenstände zu ignorieren und (allzu) formelhaft konstruierten Gesetzmäßigkeiten nachzugehen. Vor diesem Hintergrund gilt Historizität als ebenso seltenes Attribut politikwissenschaftlicher Forschung in Deutschland wie Abstraktion und Theoriebezogenheit als Kennzeichen historischer Forschung. Disziplinäre Scheuklappen sollten jedoch kein Argument sein, den Nutzen einer stärkeren gegenseitigen Durchdringung in Frage zu stellen.¹

1 Vgl. in diesem Sinne auch das Plädoyer von Wolfram Kaiser: *History meets Politics: Overcoming the Interdisciplinary Volapük in Research on the EU*, in: *Journal of European Public Policy* 2 (2008), S. 300–313.

Angesichts der quantitativ und qualitativ schmalen historischen Forschungslage erscheint ein gewisser Grad an Transfer sogar unumgänglich zu sein. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden die Position vertreten, dass die sozialwissenschaftlichen Analysen weder einfach adaptiert, noch angesichts ihrer bisweilen begrenzten Reichweite oder Gültigkeit schlicht ignoriert werden können. Vielmehr sollte die sozialwissenschaftliche Literatur – in ihrer ganzen Zeitgebundenheit – zur Kenntnis genommen, eingeordnet und gleichsam historisiert werden, um auf dieser Ausgangslage genuin historische Forschungen anzustrengen, die vor allem das empirische Fundament durch eine umfangreichere Quellengrundlage erweitern und die zugleich das Augenmerk auf stärker längsschnittartige Studien und Vergleiche lenken. Dieser Zugang zielt indes nicht auf eine einseitige oder gar instrumentelle Nutzung der Sozialwissenschaft durch die Geschichtswissenschaft ab; unzweifelhaft können sozialwissenschaftliche Theorien und Analysen durch den Rekurs auf historiografische Quellen und eine eingehendere Kontextualisierung ebenfalls an Erkenntnis gewinnen.

Rahmenbedingungen historischer Gewerkschaftsforschung zur europäischen Integration

Die Rahmenbedingungen für eine originär gewerkschaftsbezogene Integrationsforschung erscheinen gegenwärtig indes nur begrenzt zuträglich. Insbesondere der historischen Gewerkschaftsforschung in Deutschland fehlt es nach Einstellung der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“² an einem regelmäßig erscheinenden Publikationsorgan,³ das als Forum für weitergehende Forschungen dienen könnte.⁴ Dies gilt umso mehr, da auch seitens der wissenschaftlichen Verlage bislang kein spezifisch historisch ausgerichtetes gewerkschaftliches Europaprofil entwickelt wurde⁵ und in den führenden Tageszeitungen nur vereinzelt entsprechende Veröffentlichungen in den letzten Jahren erschienen sind.⁶

- 2 Partiiell aufgefangen wurde dies durch die „WSI-Mitteilungen“ und die Zeitschrift „Mitbestimmung“, die in verstärktem Maße europapolitische Themen aufgreifen, hierbei aber nur ansatzweise historischen Zugängen Rechnung tragen. Siehe exemplarisch für einzelne europabezogene Schwerpunkte: Mitbestimmung, Heft 8 (2007) oder Heft 3 (2009). Einschlägige Beiträge finden sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive auch in der Zeitschrift: Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management.
- 3 Die gewerkschaftseigene Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ wurde bereits 1988 eingestellt. Zahlreiche Publikationsorgane der Industriegewerkschaften erfuhrn zuvor oder in der Folge das gleiche Schicksal.
- 4 In internationalen Zeitschriften wie „Labour History Review“ oder „Labor History“ finden sich ebenfalls ganz überwiegend auf den Nationalstaat ausgerichtete Beiträge. Aufsätze zur trans- bzw. internationalen Dimension, die sich in jüngster Zeit auch hier eines größeren Interesses erfreuen, sind bislang nicht auf die europäische Integration bezogen worden. Siehe als Ausnahme aber Philip B. Whyman: British trade unions, the 1975 European Referendum and its legacy, in: Labor History 1 (2008), S. 23–45.
- 5 In quantitativer und qualitativer Hinsicht finden sich die meisten Studien zum Themenfeld „Gewerkschaften und europäische Integration“ bisher im VSA-Verlag (Hamburg) und im Verlag Westfälisches Dampfboot (Münster). Daneben kommt aus historiografischer Perspektive auch dem Dietz-Verlag (Bonn) Bedeutung zu.
- 6 Vgl. zuletzt Walther Müller-Jentsch, der in seinem Beitrag über die Mitbestimmung als „verkannte[n] Ordnungsfaktor“ auf das bereits ältere Interesse der deutschen Gewerkschaften verweist, die „starken

Erschwerend kommt hinzu, dass sich bisher weder eine universitäre noch eine außeruniversitäre Einrichtung dieses Themenfelds aus historischer Perspektive systematisch angenommen hat. Neben sozialwissenschaftlichen Forschern an einzelnen Universitäten (u. a. Berlin, Bochum, Fulda, Kassel, Mannheim, Osnabrück) spielen institutionell wohl vor allem das WZB (Berlin), das ZZF (Potsdam), die FES (Bonn) und auch das ISB (Bochum) eine wichtige, gleichwohl in historischer Perspektive noch ausbaufähige Rolle als Stätten der europabezogenen Gewerkschaftsforschung. Die Zentren der europäischen Integrationsforschung (IEP, Berlin; CAP, München; Europakollegs Brügge u. Natolin; CIFE, Nizza; EUI, Florenz u. a.) hingegen haben ebenso wie Dachverbände und Netzwerke (AEI) bisher kaum größere Aktivitäten in diesem Themenbereich entwickelt.⁷ Und auch auf universitären Lehrplänen sowie in den zunehmend häufiger debattierten Kerncurricula stellt das Thema Gewerkschaften für die Integrationsforschung allenfalls eine Randerscheinung dar.⁸

Mit Blick auf die durch Drittmittel geförderte Forschung scheint – neben den EU-Rahmenforschungsprogrammen – aus deutscher Sicht insbesondere die Hans Böckler-Stiftung der Hauptadressat für entsprechende Themen zu sein,⁹ wobei hier das Augenmerk aber stärker auf sozial- und wirtschaftswissenschaftliche, denn auf historische Projekte gerichtet ist.¹⁰ Obwohl angesichts dieser strukturellen Rahmenbedingungen sich gegenwärtig nicht gerade eine Konjunktur europabezogener Gewerkschaftsforschung abzeichnet, scheint das Themenfeld mit Blick auf die in jüngster Zeit entstandenen Dissertationen, aber auch auf die wachsende Zahl von Examensarbeiten, dennoch wissenschaftliche Perspektiven zu versprechen. Vor diesem Hintergrund werden in der Folge – anknüpfend an die gegenwärtige Forschungslage sowie die skizzierten Desiderate und Defizite – zwölf Kernbereiche wissenschaftlicher Analyse vorgestellt, die als Grundlage einer künftigen Forschungsagenda des Themenfelds verstanden werden können.

Mitbestimmungsrechte auf die europäische Ebene zu transferieren“. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.9.2009. Siehe hierzu auch Ministerium für Arbeit/Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Grenzüberschreitende Mitbestimmung in Europa. Dokumentation einer Fachtagung, Düsseldorf 1992.

- 7 Die „European Social Science History Conference“ (ESSHC) hat sich in den vergangenen Jahren zwar verstärkt mit Fragen transnationaler Geschichte befasst, aber auch hier spielten die Gewerkschaften nur eine untergeordnete Rolle. Auf der im April 2010 stattfindenden 8. Konferenz sind jedoch erstmals gleich mehrere Vorträge zum Thema „Gewerkschaften und europäische Integration“ in international vergleichender Perspektive vorgesehen.
- 8 Vgl. etwa Heather Field: European Integration Curricula and ‚Europeanisation‘: Alternative Approaches and Critical Appreciation. Paper presented to the ECSA Seventh Biennial International Conference, May 31-June 2, 2001, Madison, Wisconsin und Gaby Umbach/Bruno Scholl: Towards A Core Curriculum in EU Studies, in: *ecpr eps* (European Political Science), 2 (2003), S. 71–80.
- 9 Von der Hans-Böckler-Stiftung wurde 2006 ein sozial- und wirtschaftswissenschaftliches ausgerichtetes Promotionskolleg zum Thema „Arbeitnehmerinteressen und Mitbestimmung in einem Europäischen Sozialmodell“ eingerichtet.
- 10 In jüngster Zeit zeichnet sich hier indes eine gewisse Akzentverlagerung ab. Im August 2008 haben die Hans-Böckler-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung eine gemeinsame Initiative im Bereich Gewerkschaftsgeschichte/Gewerkschaftsforschung in die Wege geleitet, die eine deutliche Stärkung des Themenbereichs verspricht.

(1) Europapolitische Reaktionen der deutschen Gewerkschaften im Mehrebenensystem

Um das Fundament künftiger Forschungen zum Verhältnis von deutschen Gewerkschaften und europäischer Integration zu zementieren, erscheint es unabdingbar, sowohl die Kenntnisse über die inhaltlich-programmatischen Reaktionen zur Idee der europäischen Einigung im DGB und den Einzelgewerkschaften zu vertiefen als auch die strukturellen Anpassungen gewerkschaftlicher Europapolitik näher zu behandeln. Dieses Diktum gilt auf der einen Seite in horizontaler Hinsicht für den DGB und die Einzelgewerkschaften, beansprucht auf der anderen Seite aber auch in vertikaler Perspektive Relevanz. Wenn die europäische Integration behandelt wird, muss sich der Blick über die nationale Ebene hinaus auf die weiteren Interaktionsebenen in Europa richten. Der Begriff des europäischen Mehrebenensystems dokumentiert, dass sich in zunehmendem Maße eine Überlagerung der nationalen und europäischen Ebene abzeichnet.¹¹ Ausgehend von der Annahme, dass mit der voranschreitenden europäischen Integration der Ausschließlichkeitsanspruch des Nationalstaates in Europa als Bezugspunkt gewerkschaftlichen Handelns relativiert wurde, gilt es in diesem Zusammenhang, die unterschiedlichen Ausprägungen Europa- bzw. EU-bezogener transnationaler Interaktion zu differenzieren.

Fasst man die Vielfalt an Aktionsformen typologisch grob zusammen, können drei unterschiedliche – in der Realität sich jedoch vielfach überlappende – Formen des „Mehrebenenspiels“ von Gewerkschaften ausgemacht werden:¹² 1) Nationale Gewerkschaften, die sich an den Herausforderungen des europäischen Einigungsprozesses orientieren, indem sie versuchen, stärker an der nationalen Europapolitik teilzuhaben oder selbst Einfluss auf die Arbeit in Brüssel und den anderen Zentren europäischer Politikgestaltung zu nehmen. 2) Nationale Gewerkschaften, die über Ländergrenzen hinweg transnational zusammenarbeiten, um im Rahmen dieser Kooperationsstrukturen den veränderten Anforderungen des europäischen Raumes Rechnung zu tragen bzw. diesen Prozess selbst zu gestalten. 3) Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsdachverbände, die sich auf europäischer Ebene formiert haben, um dort als eigenständige Interessenorganisationen Einfluss auszuüben. Während die erste Erscheinungsform sowohl seitens der sozialwissenschaftlichen als auch der historischen Forschung unter dem Rubrum der „Europäisierung“ nationaler Gewerkschaften analysiert wird,¹³ findet der Begriff der transnationalen Gewerkschaftszusammenarbeit Anwendung für alle bi- und multilateralen Interaktionen, die nicht ausschließlich zwischen Gewerkschaften einer

11 Vgl. zum Begriff aus politikwissenschaftlicher Perspektive Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem, in: dies. (Hg.): Europäische Integration, Opladen 1996, S. 15–44 sowie aus historischer Perspektive Michael Gehler: Zeitgeschichte zwischen Europäisierung und Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51/52 (2002), S. 23–35.

12 Siehe zu dieser Typologie und den folgenden Ausführungen, die sich auch auf andere nicht-gouvernementale Akteure beziehen lassen, bereits Jürgen Mittag: Chance oder Chimäre? Die grenzüberschreitende Interaktion politischer Parteien in Europa, in: ders. (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 13–60, hier S. 25.

13 Vgl. gleichermaßen als Einführung und Überblick zur Thematik Timm Beichelt: Deutschland und Europa. Die Europäisierung des politischen Systems, Wiesbaden 2009.

Nationalität erfolgen.¹⁴ Den Mittelpunkt der dritten Erscheinungsform bildet schließlich die EU-Ebene. In diesem Zusammenhang wird die Annahme zugrunde gelegt, dass der Zusammenarbeit auf EU-Ebene – namentlich im Europäischen Gewerkschaftsbund – eine neue und eigenständige Qualität zukommt.

Die Beiträge des vorliegenden Hefts sind überwiegend in der ersten hier skizzierten Dimension zu verorten. Sie folgen dabei allesamt dem doppelten Erkenntnisinteresse, nicht nur die europapolitischen „Leitbilder“, sondern auch die europapolitischen Realitäten in einzelnen historischen Zeitabschnitten zu untersuchen, um so über Fragen zur Europäisierung der deutschen Gewerkschaften Auskunft zu geben. Der Umstand, dass zu diesem Zweck vielfach Quellen- bzw. Primärliteratur geleistet wurde, verdeutlicht, dass entsprechende Forschungen noch weitgehend am Anfang stehen und bisher allenfalls für die 1950er Jahre in größerer Detailtiefe vorliegen. Im Hinblick auf weitergehende Analysen oder diachrone bzw. länderbezogene synchrone Vergleiche von Europäisierungsfragen muss die empirische Basis hingegen noch deutlich erweitert werden, um zeigen zu können, inwieweit sich gewerkschaftliche Reaktionsformen unterschieden haben oder inwieweit der Einsatz von Ressourcen differiert.¹⁵ So wäre etwa zu hinterfragen, aus welchen Gründen der DGB im Sommer 1997 zur Unterstützung seiner europapolitischen Aktivitäten ein „DGB-Verbindungsbüro Brüssel“ einrichtete und warum die Hans-Böckler-Stiftung, aber auch andere nationale Dach-(Gewerkschaften), bereits früher in Brüssel repräsentiert waren.¹⁶

Mit diesem ersten Aspekt einer europabezogenen Agenda zur Gewerkschaftsforschung ist ein Überblicksbereich genannt, der sich in den nachfolgenden Punkten zum Teil erneut widerspiegelt. Im Lichte künftiger Forschungsarbeiten ist dabei zu berücksichtigen, dass der überwiegende Teil der bisherigen Europäisierungsforschung durch eine reaktive „top-down-Perspektive“ gekennzeichnet ist.¹⁷ Die europäische Integration stellt jedoch nicht nur Anforderungen an nationalstaatliche Akteure, sie eröffnet ihnen auch neue Handlungsmöglichkeiten. In diesem Sinne erscheint es gleichermaßen hilfreich, zu zeigen, inwieweit sich Reak-

- 14 Siehe grundlegend zur transnationalen Geschichte etwa Philipp Ther: *Beyond the Nation. The Relational Basis of a Comparative History of Germany and Europe*, in: *Central European History* 1 (2003), S. 45–73; Kiran Klaus Patel: *Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 52 (2004), S. 626–645 oder Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hg.): *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006. Vgl. zu den bereits älteren sozialwissenschaftlichen Vorläufern vor allem Karl Kaiser: *Transnationale Politik. Zu einer Theorie der multinationalen Politik*, in: Ernst-Otto Czempel (Hg.): *Die anachronistische Souveränität*, PVS-Sonderheft 1, Köln/Opladen 1969, S. 80–109 und Walter Bühl: *Transnationale Politik. Internationale Beziehungen zwischen Hegemonie und Interdependenz*, Stuttgart 1978.
- 15 Vgl. hierzu etwa Andrew Martin/George Ross: *Trade Union Organizing at the European Level. The Dilemma of Borrowed Resources*, in: Doug Imig/Sydney Tarrow (Hg.): *Contentious Europeans. Protest and Politics in an Emerging Polity*, Lanham 2001.
- 16 Vgl. hierzu Gloria Müller: „Ein großer Gedanke in einem kleinen Körper“. Politik und Arbeitsstrukturen der Gewerkschaftsbewegung in Europa, in: Volker Ackermann/Bernd A. Rusinek/Falk Wiesemann (Hg.): *Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte*. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger, Essen 1995, S. 456–470, hier S. 462.
- 17 Siehe in diesem Sinne etwa Rainer Weinert: *Zwangs-Europäisierung europäischer Nationalgewerkschaften*, in: *Soziale Welt* 4 (2001), S. 323–339.

tion und Aktion verbinden, um die „Interessensverfolgung [nationaler Gewerkschaften] im Rahmen geänderter Opportunitätsstrukturen ebenso wie Diffusions-, Lern- und Sozialisationsprozesse“ zu verfolgen.¹⁸

(2) Transnationale Kooperation

Ein bisher weitgehend vernachlässigtes Forschungsfeld ist die transnationale Kooperation von Gewerkschaften jenseits der Zusammenarbeit auf EG/EU-Ebene im Europäischen Gewerkschaftsbund. Von besonderem Interesse sind hierbei bi- oder multilaterale Gewerkschaftskontakte, die in der Regel nicht institutionalisiert sind und auf lockeren ad-hoc-Treffen basieren. Entsprechende Kontakte können sich prinzipiell auf allen Organisations- und Hierarchieebenen abspielen – vom Treffen einzelner Gewerkschaftsvertreter über Arbeitsgruppentreffen bis zur Zusammenkunft der Gewerkschaftsvorstände bzw. Gewerkschaftsvorsitzenden. Im Hinblick auf die regionale Differenzierung des Gewerkschaftssystems sind bilaterale Treffen von Gewerkschaftsgruppierungen in Grenzregionen eine spezifische, aber wichtige Ausprägung dieser Interaktionsform.¹⁹ Nicht selten ist die Teilnahme an bilateralen Gewerkschaftstreffen durch eine persönliche Vorliebe für das Partnerland oder durch entsprechende Sprachkenntnisse geprägt. Auch Reisetätigkeiten stellen eine zentrale Ausdrucksform derartiger Kontakte dar.

Die Ergebnisse dieser bilateralen Interaktionen sind zumeist begrenzt geblieben, da die Teilnehmer in der Regel über kein spezifisches Mandat verfügten.²⁰ Sie sind zugleich aber auch Ausdruck einer Annäherung und einer wachsenden Verständigung im europäischen Raum. Dass damit Verständnis für andere Problemlagen geweckt wurde und durch persönliche Kontakte auch berufliche Beziehungen verfestigt wurden, zog in zahlreichen Fällen weitergehende Kooperationsstrukturen informeller Art nach sich. Inwieweit sich hieraus eine integrationsfördernde Wirkung im Sinne einer gesellschaftlichen Dimension der euro-

18 So Rainer Eising: Europäisierung und Integration. Konzepte in der EU-Forschung, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hg.): Europäische Integration, 2. Aufl., Opladen, S. 387–416, hier S. 412 f.

19 Vgl. hierzu exemplarisch Gloria Müller: Grenzerfahrungen. Arbeitsfelder, Arbeitsweisen und Arbeitshemmnisse Interregionaler Gewerkschaftsräte, in: WSI-Mitteilungen 4 (1994), S. 257–264 und Manfred Deiß/Hans Gerhard Mendijs: EU-Osterweiterung und Arbeitnehmer. Das Beispiel der bayerisch-tschechischen Grenzregion, Marburg 2005. Vgl. als originär historisch Studie mit Hinweisen auf Gewerkschaftsaktivitäten Katrin Martin: Das Eigene in der Fremde – Grenzüberschreitende Beziehungen in der deutsch-französischen Kontaktzone des Saar-Mosel-Raumes (1850–1914), Saarbrücken 2009.

20 Vgl. hierzu auch Patrick Pasture: Window of Opportunities or Trompette l’Oeil? The Myth of Labor Unity in Western Europe after 1945, in: Gerd Rainer Horn/Pdraic Kenney (Hg.): Transnational Moments of Change. Europe 1945, 1968, 1989, Lanham u. a. 2004, S. 27–50 und ders.: Trade unions as a transnational movement in the European space 1955–65: falling short of ambitions?, in: Wolfram Kaiser/Peter Stairie (Hg.): Transnational European Union. Towards a common political space, London/New York 2005, S. 109–130.

päischen Einigung ableiten lässt, ist nur schwer zu bemessen, wäre aber in Anknüpfung an entsprechende historische Forschungsanstrengungen weiter auszuloten.²¹

Obwohl diese Formen transnationaler Gewerkschaftskooperation – wie auch Willy Buschak mit Verweis auf einige Beispiele in seinem Beitrag für dieses Heft betont – mutmaßlich am schwierigsten zu recherchieren sind, sollten sie dennoch nicht vernachlässigt werden. Besondere Bedeutung ist dabei zweifellos den deutsch-französischen Beziehungen sowie den Beziehungen der deutschen Gewerkschaften zu den Benelux-Staaten beizumessen. So ist zum Beispiel bemerkenswert, dass am 26. und 27. Juli 1930 ein „Internationales Ländertreffen der freien Gewerkschaften Deutschlands, Hollands [und] Belgiens in Aachen“ stattfand, das seitens der Gewerkschaften als „internationales Volksfest der 100.000 (...) für Völkerfrieden und Völkerverständigung“ etikettiert wurde. Ebenso bemerkenswert ist die am 16. Februar 1952 von DGB, Force Ouvrier und der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE) in der Frankfurter Paulskirche durchgeführte Veranstaltung, die mit einem Appell zu einem europäischen Zusammenschluss unter sozialistischen Vorzeichen endete – dies zu einem Zeitpunkt, als die SPD von transnationaler Kooperation und proeuropäischen Bekenntnissen nur wenig wissen wollte. Nähere Betrachtung verdienen aber auch der nach längeren Verhandlungen im Mai 1952 konstituierte deutsch-französische Gewerkschaftsausschuss oder die verschiedenen Großkundgebungen der Bergarbeitergewerkschaften aus den EGKS-Staaten in den 1960er Jahren.²²

Im Laufe der folgenden Jahrzehnte haben sich die Varianten transnationaler industrieller Beziehungen weiter ausdifferenziert. Dies dokumentiert, um nur ein Beispiel aus jüngerer Zeit zu nennen, auch die so genannte „Doorn-Initiative“, die im Jahr 1998 von Gewerkschaften aus Deutschland, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden etabliert wurde. Beabsichtigt wurde in diesem Rahmen, die Tarifpolitik in den beteiligten Staaten durch eine ständige Expertengruppe der beteiligten Gewerkschaftsbünde und weitere Aktivitäten stärker zu koordinieren.

Diese und zahlreiche weitere Aktivitäten überhaupt erst zu recherchieren und sodann aufzuarbeiten, stellt eine zentrale Herausforderung der Gewerkschaftsgeschichte dar. Besonderes Augenmerk muss in diesem Zusammenhang den unterschiedlichen nationalstaatlichen Rahmenbedingungen und Strukturen zukommen. So agieren die deutschen Gewerkschaften angesichts von Verbandseinheit und Tarifautonomie, aber auch aufgrund von Betriebsverfassung und Mitbestimmung vergleichsweise autonom und staatsfrei, jedoch grundlegend europafreundlich, während bis heute etwa die französischen Gewerkschaften durch ein weitaus höheres Streikpotenzial und die britischen Gewerkschaften durch eine deutlich europaskeptischere Haltung gekennzeichnet sind.²³ Ob den deutschen Gewerkschaften vor diesem Hintergrund aber eine „Pionierrolle“ bei der Ausgestaltung des transna-

21 Vgl. zu diesem Problemkomplex Wilfried Loth (Hg.): Europäische Gesellschaft. Grundlagen und Perspektiven, Wiesbaden 2005.

22 Am 4. Juli 1964 fand die erste Großkundgebung in Dortmund statt, auf der Entschlüssen zur Energie- und Sozialpolitik angenommen wurden.

23 Vgl. hierzu Thomas Fetzer: Turning Eurosceptic: British Trade Unions and European Integration (1961–1975), in: Journal of European Integration History 2 (2007), S. 85–101.

tionalen Sozialraumes Europa zukommt,²⁴ ob die deutsche Mitbestimmung gar ein Modell für europäische Formen der Sozialpartnerschaft darstellt,²⁵ oder ob sie Überlebenspotenzial besitzt,²⁶ dahinter wären aus historischer Sicht zumindest einige Fragezeichen zu setzen.²⁷

(3) Kooperation der Dachverbände und Einzelgewerkschaften auf europäischer Ebene

Neben den Europäisierungsprozessen nationaler Gewerkschaften und ihren transnationalen Kontakten stellen die Kooperationsformen auf europäischer Ebene ein weiteres zentrales Untersuchungsfeld dar. Namentlich der Europäische Gewerkschaftsbund – hat in diesem Kontext bereits größere Aufmerksamkeit – auch seitens der Historiografie – gefunden, ohne dass er hinsichtlich seiner Binnenstrukturen und Willensbildungsprozesse bereits als grundlegend erschlossen gelten kann.²⁸

Stärker als bei Parteien oder sozialen Bewegungen gilt es bei Gewerkschaften aber auch in sektoraler Hinsicht zu differenzieren. Im vorliegenden Heft wurden in erster Linie der DGB und – mit den Beiträgen von Karl Lauschke, Jelena Jojević und Jörg Rumpf – die IG Metall sowie partiell die IG Chemie, Papier, Keramik eingehender behandelt, während ÖTV, IG Bergbau (und Energie) sowie zahlreiche kleinere Gewerkschaften einschließlich der DAG nur am Rande untersucht wurden oder gänzlich unberücksichtigt blieben.²⁹ Eine künftige europabezogene Gewerkschaftsforschung müsste hier aus historischer Sicht sowohl die spezifischen Positionen und Strukturen der Einzelgewerkschaften stärker in den Blick nehmen als auch gleichermaßen ihre Kooperationsformen, um Aufschluss über die Frage zu

24 So die These von Otto Jacobi zu Beginn der 1990er Jahre. Otto Jacobi: Pionierrolle, aber keine Vormachtstellung für die deutschen Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1 (1991), S. 681–689. Vgl. aktueller ders.: Chancen und Barrieren gewerkschaftlicher Kooperation auf globaler und europäischer Ebene, in: Jörg Abel/Hans Joachim Sperling (Hg.): Umbrüche und Kontinuitäten: Perspektiven nationaler und internationaler Arbeitsbeziehungen, München 2001, S. 349–367.

25 Vgl. zu diesem Themenbereich Gerhard Leminski: Gewerkschaften und Mitbestimmung in Deutschland. Historischer Rückblick und Handlungsprospekt für die Zukunft, in: Jörg Abel/Peter Ittermann: Mitbestimmung an den Grenzen? Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Europa, München u. a. 2001 S. 39–68 sowie ders.: Entwicklungspotentiale der Mitbestimmung, in: Jörg Abel/Hans Joachim Sperling (Hg.): Umbrüche und Kontinuitäten. Perspektiven nationaler und internationaler Arbeitsbeziehungen, München u. a. 2001.

26 Siehe Wolfgang Schroeder/Rainer Weinert: Zwischen Verbetriebligung und Europäisierung. Oder „Can the German Modell Survive?“, in: Industrielle Beziehungen 1 (2003), S. 97–117 und Sebastian Brandl: „Modell Deutschland“ oder globalisiertes Arrangement? Transformation industrieller Beziehungen und soziale Nachhaltigkeit, Berlin 2006, v. a. S. 91–105.

27 In diesem Zusammenhang wären auch der bislang wenig beachtete Verlauf der Debatte über eine Europa GmbH und deren Mitbestimmungsformen von Relevanz.

28 So ist etwa über die vom EGB unterhaltenen Einrichtungen wie die Europäische Gewerkschaftsakademie (EGA), das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI), das Europäische Technikbüro der Gewerkschaften für Gesundheit und Sicherheit (TGB) bisher nur wenig bekannt.

29 Vgl. zu letzterem Bereich jetzt aber die sich im Druck befindende umfangreiche Studie von Hans-Peter Müller zum Thema „Der einheitsgewerkschaftliche Wettbewerb DAG-DGB. Die Geschichte der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft 1947–2001.“

geben, inwieweit die gewerkschaftlichen Anpassungsprozesse von sektorspezifischen Unterschieden geprägt sind.

Zu untersuchen sind dabei vor allem die europäischen Fachgewerkschaften bzw. die sektoralen Gewerkschaftsföderationen.³⁰ Mit der Zusammenarbeit in gewerkschaftlichen Fachvertretungen und Verbänden hat sich eine einflussreiche Parallelstruktur herausgebildet, die zwar (zu Teilen) ebenfalls im EGB repräsentiert ist,³¹ zugleich aber durch eigene Formen der Interessenvertretung gekennzeichnet ist.³² Hierzu zählen:

- die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF)
- der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB)
- die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH)
- die Europäische Gewerkschaftsföderation für den Landwirtschafts-, Nahrungsmittel- und Tourismussektor (EFFAT)
- die Europäische Föderation für Textil, Bekleidung, Leder (EGV-TBL)
- die Europäische Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF)
- der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD)
- das Union Network International-Europa (UNI-Europa)
- das Europäische Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft (EGBW)
- der Europäische Verband der Wanderarbeiter (EVW)
- die Europäische Journalisten-Föderation (EJF)
- die Europäische Allianz für Kunst und Unterhaltung (EAEA)
- die Europäische Föderation der Polizei (EuroCOP)
- der European Writer's Congress (EWC)

Über diese sehr heterogen strukturierten Gewerkschaftsföderationen liegen mit Ausnahme des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes³³ bisher erst knappe Skizzen und Studien vor, die zudem von der Nähe der Autoren zu den beteiligten Organisationen bzw. Akteuren geprägt sind. Ein in Vorbereitung befindlicher Band von Hans-Wolfgang Platzer verspricht allerdings, eine deutlich differenziertere Grundlage für den Zeitraum seit den 1990er Jahren zu legen.³⁴ Aufgabe künftiger Forschung wird es sein, die unterschiedlichen Kooperationsformen, Strukturen und Leitbilder der kleineren Einzelgewerkschaften in historischer

30 Vgl. zum Hintergrund in einem knappen Überblick Peter Rütters: Internationale Berufssekretariate. Entstehung – Entwicklung – Aktivitäten, in: ders./Michael Schneider/Erwin Schweifshelm/Rüdiger Zimmermann (Hg.): Internationale Gewerkschaftsorganisationen. Bestände im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2. Aufl., Bonn 2002.

31 Im Oktober 2009 sind im EGB zwölf europäische Industrieföderationen repräsentiert.

32 Die Bezeichnungen der einzelnen Föderationen differieren in den einzelnen Sprachfassungen – auch bei den Kürzeln.

33 Der EMB ging aus dem 1963 etablierten Europäischen Ausschuss der Metallgewerkschaften hervor, als im Juni 1971 acht Gewerkschaftsorganisationen der Metallbranche eine neue Industrieföderation gründeten. Vgl. European Metalworkers' Federation in the Community: History of the EMF. The key concerns: continuity and change, Brüssel 1994.

34 Vgl. Hans-Wolfgang Platzer/Torsten Müller: Die globalen und europäischen Gewerkschaftsverbände. Transnationale Gewerkschaftspolitik auf dem Weg ins 21. Jahrhundert (im Erscheinen).

Genese herauszuarbeiten, über die bisher nur wenig bekannt ist. Dargestellt und analysiert werden sollte in diesem Kontext, wer in den Einzelgewerkschaften Europapolitik betrieb, welche Akteure hierbei in den Vordergrund traten und welche transnationalen Kontakte unter den Gewerkschaftsbewegungen entstanden. Damit einhergehend würden dann auch die Aktivitäten der einzelnen Industrieföderationen – einschließlich ihrer Formierungs-,³⁵ Fusions- und Ausdifferenzierungsprozesse – stärker ins Blickfeld rücken wie sie exemplarisch Rainer Fattmann unlängst in einer Darstellung über die Europäische Gewerkschaftsföderation für den Landwirtschafts-, Nahrungsmittel- und Tourismussektor (EFFAT) beschrieben hat.³⁶

(4) Die Kooperation auf betrieblicher Ebene

Analysen zum Verhältnis von Gewerkschaften und europäischer Integration kommen nicht umhin, auch die betriebliche Ebene ins Blickfeld zu nehmen. Damit rücken als weitere Akteure auf Seiten der Arbeitnehmer – neben den Gewerkschaften – auch die nationalen Betriebsräte und vor allem die Europäischen Betriebsräte in den Mittelpunkt. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der EBR-Richtlinie zu, die nach mehr als 20 Jahre andauernden Verhandlungen und Kontroversen 1994 verabschiedet und 2009 grundlegend reformiert wurde. Die Europäische Betriebsräterichtlinie wird von zahlreichen Wissenschaftlern als wegweisend für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa betrachtet,³⁷ da sie dazu beitragen kann, die wirtschaftlichen und sozialen Ziele im Binnenmarkt miteinander in Einklang zu bringen und ein europäisches System kollektiver Interessenvertretung zu etablieren.³⁸ Die Einschätzungen über die Rolle der Euro-Betriebsräte variieren gleichwohl in der Forschung beträchtlich. Da es einerseits starke Unterschiede

35 Nicht unbeachtet sollten dabei auch die längerfristigen Traditionen im Kontext der internationalen Berufssekretariate bleiben. Vgl. hierzu exemplarisch für den Bereich Bergbau Karl Georg Herrmann: *Der Internationale Bergarbeiterverband 1890–1939. Fallstudie einer internationalen Berufsorganisation*, (Diss.) München 1985 und Peter Rütters: *Der Internationale Bergarbeiterverband 1890 bis 1993. Entwicklung und Politik*, Köln 1995. In beiden Studien wird darauf hingewiesen, dass auch bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – trotz amerikanischer Mitgliedsverbände – eine starke Orientierung am europäischen Kontinent dominierte, zugleich wird aber am Beispiel des britischen Bergarbeiterstreiks 1926 auch die begrenzte Wirksamkeit der Bergbauinternationalen in dieser Zeitphase deutlich.

36 Vgl. Rainer Fattmann: *Gewerkschaften ohne Grenzen – für ein soziales Europa. 50 Jahre europäische Gewerkschaftspolitik im Agrar-, Lebensmittel- und Tourismusbereich. 1958–2008*, Bonn 2008.

37 Vgl. Hans-Wolfgang Platzer/Stefan Rüb: *Europäische Betriebsräte: Genese, Formen und Dynamiken ihrer Entwicklung – eine Typologie*, in: *Industrielle Beziehungen* 6 (1999), S. 393–426; Wolfgang Lecher/Bernhard Nagel/Hans-Wolfgang Platzer: *The Establishment of European Works Councils. From Information Committee to Social Actor*, Ashgate 1999 und Ludger Pries: *European Works Councils as transnational interest organisations*, in: ders. (Hg.): *Rethinking Transnationalism. The Meso-link of organisations*, London u. a. 2008.

38 Vgl. Torsten Müller/Aline Hoffmann: *EWG Research: A Review of the Literature*, Warwick Papers in Industrial Relations 65 (2001), S. 110 ff.

bei der Mitwirkung der Europäischen Betriebsräte gibt³⁹ und sie andererseits im Vergleich zu den Mitbestimmungsrechten deutscher Betriebsräte über schwächer ausgeprägte Beteiligungsrechte verfügen und lediglich Unterrichts- und Anhörungsrechte besitzen, wurden sie kritisch auch als „Papiertiger“⁴⁰ und als „neither European nor Works Councils“⁴¹ etikettiert.⁴²

Aufgabe künftiger historischer Forschung muss es hier sein, die Rolle der Europäischen Betriebsräte näher zu untersuchen und dabei auch den Gewerkschaften im Hinblick auf Kooperations- und Abgrenzungsstrategien stärkere Beachtung zu schenken. Von Relevanz sind in diesem Zusammenhang sowohl fallbezogene Einzeluntersuchungen zu einzelnen Konzernen als auch Studien zur Entwicklung der EBR-Richtlinie bzw. ihrer Revision. Daneben sind aber auch grundsätzliche Studien zu einzelnen Unternehmen von Interesse.⁴³ Aus deutscher Sicht erscheint dabei die bereits seitens der Sozialwissenschaften eingehender erörterte Frage, inwieweit das deutsche „duale System“ der Interessenvertretung – durch den Betriebsrat einerseits und die Gewerkschaft andererseits – vom europäischen Integrationsprozess beeinflusst oder sogar verändert wurde, ebenfalls von beträchtlicher historischer Relevanz.

(5) Individuelle und kollektive Akteure

Ein sowohl von der Integrations- als auch von der Gewerkschaftsforschung bislang weitgehend vernachlässigtes Feld ist mit dem individuellen Handeln und Wirken von Personen angesprochen. Über zahlreiche Personen, die „Europa“ geprägt haben, liegen bislang weder wissenschaftlich fundierte biografische Gesamtdarstellungen noch kurze systematische Lebensskizzen vor. Zu diesem Kreis von geschichtslosen Personen, die als vergessen gelten, gehören besonders viele Gewerkschafter. Ist der europapolitisch stark engagierte Ludwig Rosenberg noch dem einen oder anderen bekannt, sind Persönlichkeiten wie der Deutsche Edo Fimmen oder der Belgier Walter Schevenels selbst Fachexperten mittlerweile nicht mehr vertraut.⁴⁴

39 Siehe hierzu auch die typologische Differenzierung zwischen „symbolischen EBR“, „dienstleistenden EBR“, „projektorientierten EBR“ und „beteiligungsorientierten EBR“ von Platzer und Rüb.

40 Siehe hierzu differenziert Reinhard Reibsch: Der Europäische Betriebsrat: Papiertiger oder Export-schlagler der Mitbestimmung, in: Klaus Tenfelde et al. (Hg.): Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des Bayer-Konzerns, Essen 2007, S. 403–416.

41 Vgl. Wolfgang Streeck: Neither European Nor Works Councils: A Reply to Paul Knutsen, in: *Economic and Industrial Democracy* 18 (1997), S. 325–337.

42 Siehe auch Jeremy Waddington: What Do Representatives Think of the Practices of European Works Councils? Views From Six Countries, in: *European Journal of Industrial Relations* 3 (2003), S. 303–325.

43 Vgl. zum Hintergrund der Besonderheiten europäischer Unternehmen Harm G. Schröter (Hg.): *The European Enterprise. Historical investigation into a future species*, Berlin/Heidelberg 2008.

44 Dies gilt selbst dann, wenn sie in einer fachwissenschaftlichen Biographie Berücksichtigung gefunden haben, Vgl. Willy Buschak: Edo Fimmen. Der schöne Traum von Europa und die Globalisierung. Eine Biographie, Essen 2002.

Die Unkenntnis über das Wirken von Persönlichkeiten in der Europäischen Union ist nicht zuletzt auf die Schwerpunktsetzung der sozialwissenschaftlich und juristisch dominierten Forschungslandschaft zur europäischen Integration zurückzuführen, die – entsprechend der disziplinären Präferenzen – vor allem strukturelle Rahmenbedingungen und Organisationen untersuchte. Dass Biografien aber auch in historischen Darstellungen weitgehend ausgeblendet blieben, ist dem Umstand geschuldet, dass die Biografie auch in der Geschichtswissenschaft lange Zeit ein Schattendasein fristete. In den späten 1960er und vor allem in den 70er Jahren waren Biografien gegenüber strukturell orientierten Arbeiten sichtlich ins Hintertreffen geraten. Man orientierte sich verstärkt an strukturellen Wandlungsprozessen sowie an dem inneren Gefüge und den Wechselbeziehungen von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, während das handelnde Individuum in den Hintergrund trat oder ganz verschwand. Erst seit den 1990er Jahren sind die zahlreichen Plädoyers für eine Renaissance des biografischen Genres in Deutschland auf Resonanz gestoßen. Berücksichtigt man die steigende Zahl fachwissenschaftlicher biografischer Publikationen, kann mittlerweile sogar von einer Konjunktur der Biografie gesprochen werden.⁴⁵ In diesem Zusammenhang wird sowohl dem Anspruch nach einer stärker kontextualisierenden Biographie als auch nach einer problemorientierten Analyse von Wahrnehmungen und Zuschreibungen verstärkt Rechnung getragen.⁴⁶

An der Gewerkschaftsgeschichte ist diese biografische Konjunktur jedoch vorbeigegangen. Abgesehen von weniger Gegenbeispielen zu Gewerkschaftsführern, die in Monografien⁴⁷ und Zeitschriften behandelt wurden,⁴⁸ liegen hier bislang kaum weiterführende Arbeiten vor. Durch die Studien von Karl Lauschke⁴⁹ und Bernd Bühlbäcker⁵⁰ sowie einer in Arbeit befindlichen Untersuchung zur Biografie Ludwig Rosenbergs von Frank Ahland wur-

45 So der immer wieder variierte Tenor zahlreicher Forschungsüberblicke. Vgl. etwa Hans Erich Bödeker: *Biographie. Annäherungen an den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand*, in: ders. (Hg.): *Biographie schreiben*, Göttingen 2003, S. 9–63 und Thomas Etzemüller: *Die Form „Biographie“ als Modus der Geschichtsschreibung. Überlegungen zum Thema Biographie im Nationalsozialismus*, in: Michael Ruck/Karl Heinrich Pohl (Hg.): *Regionen im Nationalsozialismus*, Bielefeld 2003, S. 71–90.

46 Vgl. hierzu etwa die ausführlichen konzeptionellen Hinweise bei Volker Depkat: *Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts*, München 2007.

47 Vgl. etwa Karl Lauschke: *Hans Böckler. Bd. 2: Gewerkschaftlicher Neubeginn 1945–1951*, Essen 2005; Klaus Kempster: *Eugen Loderer und die IG Metall. Biographie eines Gewerkschafters*, Filderstadt 2004; Axel Kellmann: *Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Berlin 2007; Ursula Bitzegeio: *Über Partei- und Landesgrenzen hinaus. Hans Gottfurcht (1896–1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten*, Bonn 2009; Karl Christian Führer: *Carl Legien (1861–1920). Gewerkschaftsarbeit für ein „möglichst gutes Leben“ der Arbeiter*, Essen 2009.

48 Vgl. hierzu insbesondere das von Karl Lauschke herausgegebene Heft 35 (2006) des Mitteilungsblatts des Instituts für soziale Bewegungen zum Thema: *„Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit: Prägung – Funktion – Leitbilder“*.

49 Siehe hier vor allem die zahlreichen Hinweise bei Lauschke auf den Zusammenhang von Anti-Demontage-Politik und früher gewerkschaftlicher Europapolitik. Lauschke: *Böckler*, S. 243–293.

50 Vgl. Bühlbäcker, *passim*.

den bzw. werden hier zwar einige wichtige Lücken geschlossen,⁵¹ nach wie vor ist aber über das europapolitische Engagement von Gewerkschaftern wie Wilhelm Haferkamp, Heinz Oskar Vetter oder Ernst Breit – um nur drei zentrale Protagonisten zu nennen – wenig bekannt und noch weniger publiziert worden. Über die zweite Reihe von Gewerkschaftern, über ihr europapolitisches Engagement, über ihre transnationalen Kontakte sowie über spezifische gewerkschaftliche Kollektive⁵² auf regionaler oder auch betrieblicher Ebene liegen aus historischer Sicht ebenfalls kaum Kenntnisse vor.⁵³ Gerade angesichts des fast vollständigen Fehlens sozialwissenschaftlicher Vorarbeiten kann die historische Forschung in diesem Themenfeld ihr ureigenes Profil unter Beweis stellen.

(6) Die politische Rolle der Gewerkschaften

Mit den angesprochenen Europäisierungsüberlegungen sind auch grundsätzliche Fragen zur politischen Rolle von Gewerkschaften verbunden. Nicht ganz zu Unrecht ist im Hinblick auf die politisch-ideologische Dimension gewerkschaftlicher Politik in den 1990er Jahren von einer „lost perspective“ gesprochen worden.⁵⁴ In den letzten Dekaden wurden Gewerkschaften vor allem als Interessenvertretungen der Beschäftigten wahrgenommen. Aufgrund des Verlustes zahlreicher (Industrie-)Arbeitsplätze und gravierender Veränderungen in den Betriebsstrukturen sahen und sehen Gewerkschaften eine vorrangige Aufgabe darin, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten.⁵⁵ Darüber darf ihre Rolle als politische Organisation aber nicht übersehen werden, die sich auch im Problemfeld europäische Integration widerspiegelt. Infolgedessen haben Darstellungen zur europabezogenen Geschichte der deutschen Gewerkschaften auch im Sinne Theo Pirker's deren Rolle als „politische Organisationen“ zu berücksichtigen.⁵⁶

Gewerkschaften stehen für bestimmte politische Grundhaltungen, Positionen und Werte, die es gilt, stärker herauszuarbeiten. Damit ist die gewerkschaftliche Haltung zu all-

- 51 Frank Ahland wird von 2009 bis 2011 ein entsprechendes Projekt am Institut für soziale Bewegungen bearbeiten.
- 52 Vgl. zur Neuorientierung kollektivbiografischer Forschung Alexander Gallus: Biographik und Zeitgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2 (2005), S. 40–46 und die Beiträge in Bettina Völter/Bettina Dausien/Helma Lutz/Gabriele Rosenthal (Hg.): *Biographieforschung im Diskurs*, 2. Aufl., Wiesbaden 2009.
- 53 Weitergehenden Aufschluss verspricht hier aber ein gegenwärtig von Stefan Remeke durchgeführtes biografisches Projekt, das mit u. a. Carl Muhr einen europäisch und international versierten Experten der „zweiten Reihe“ untersucht. Muhr gehörte seit 1970 dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der E(W)G an und war von 1984 bis 1986 dessen Präsident.
- 54 Siehe hierzu Patrick Pasture/Johan Verberckmoes/Hans De Witte (Hg.): *The Lost Perspective? Trade Unions between ideology and social action in the New Europe*, 2 Bde., Aldershot u. a. 1996.
- 55 Siehe in diesem etwa Wolfgang Lecher: *Gewerkschaften im Europa der Krise. Zur Zentralisierung und Dezentralisierung gewerkschaftlicher Organisation und Politik in sechs Ländern der Europäischen Gemeinschaft*, Köln 1981.
- 56 Theo Pirker: *Die Gewerkschaften als politische Organisation*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 2 (1952), S. 76–80.

gemeinen Fragen der europäischen Integration ebenso angesprochen⁵⁷ wie ihre Bedeutung für zentrale (europa-)politische Aspekte, so etwa Demokratie, Staatsbürgerschaft, Solidarität oder spezifische Sozialstaatsmodelle, um exemplarisch nur einige der Themenbereiche anzuführen, die in jüngster Zeit eingehender von der Forschung behandelt wurden – für die bisher aber nicht näher auf die Positionierung der Gewerkschaften eingegangen wurde.⁵⁸ Ansätze wie der Aufsatz von Thomas Fetzer zur Rolle des DGB in der Debatte über die europäische Staatsbürgerschaft⁵⁹ oder der Beitrag von Massimiliano Andretta und Herbert Reiter zur Rolle der Gewerkschaften im Europäischen Sozialforum⁶⁰ verdeutlichen das Potenzial eines entsprechenden Forschungsstrangs.

Zu berücksichtigen wären in diesem Zusammenhang auch Fragen zur politischen Mobilisierung. So hatte der Europäische Gewerkschaftsbund angesichts des breiten Widerstands gegen die so genannte Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union im März 2005 zu einer europaweiten Demonstration aufgerufen. Mehr als 60.000 Arbeitnehmer folgten dem Aufruf und protestierten öffentlichkeitswirksam in Brüssel gegen den Abbau des Sozialstaats sowie für eine Verbesserung der sozialen Sicherheit in Europa.⁶¹ Mit dieser Demonstration erreichte die seit Jahren schwelende Diskussion um ein europäisches Sozialmodell einen neuen Höhepunkt.⁶² Dass darüber hinaus aber bereits in den 1970er und 80er Jahren zahl-

57 Siehe in diesem Sinne etwa die Erinnerungen Jean Monnets: Erinnerungen eines Europäers, München/Wien 1978, der im Rahmen seines 1955 gegründeten „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ auch auf zahlreiche namhafte Gewerkschafter (u. a. Walter Freitag und Ludwig Rosenberg) als ideelle und finanzielle Förderer zählen konnte.

Vgl. für spätere Zeitabschnitte u. a. die Sammlung des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (Hg.): Die Zukunft der Europäischen Union. Gewerkschaftliche Anforderungen und Erwartungen an die Regierungskonferenz 1996, Münster 1996 und den Sammelband von Michael Sommer/Hans-Joachim Schabedoth (Hg.): Europa sozial gestalten!, Marburg 2008.

58 Vgl. exemplarisch die zentralen Publikationen Hartmut Kaelble/Günther Schmid (Hg.): Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Staat, Berlin 2004; Steinar Stjernø: Solidarity in Europe. The History of an Idea, Cambridge 2005; Andreas Fischer-Lescano/Florian Rödl/Christoph Ulrich Schmid (Hg.): Europäische Gesellschaftsverfassung. Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa, Baden-Baden 2009, die jeweils Kernbereiche europäischer Integration behandeln, in denen aber Gewerkschaften kaum oder gar nicht berücksichtigt werden.

59 Vgl. Thomas Fetzer: Trade Unions as Promoters of a European Social Citizenship? The case of the German DGB, in: Bo Strath/Lars Magnusson (Hg.): A European Social Citizenship? Preconditions for future policies from a historical perspective, Brüssel u. a. 2004, S. 295–311.

60 Vgl. Massimiliano Andretta/Herbert Reiter: Parties, unions, and movements: The European Left and the ESF, in: Donatella della Porta (Hg.): Another Europe. Conceptions and practices of democracy in the European social forums, New York u. a. 2009, S. 173–203.

61 Vgl. zur Relevanz von Forschungsansätzen, die auch die politischen und administrativen Umsetzungsprozesse von auf europäischer Ebene verabschiedeten Richtlinien im Hinblick auf die Rolle der Gewerkschaften ausleuchten, Frank Lorenz/Manfred Wannöffel: Unter Ausschluss der Öffentlichkeit? Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht: Eine Herausforderung für Politik und Gewerkschaften, in: Wiso Diskurs, Bonn, Mai 2009.

62 Im Kern der Debatte steht die Frage, ob und in welchem Ausmaß eine stärkere Harmonisierung der Sozialpolitik der EU-Mitgliedstaaten notwendig und ein Zustand anzustreben sei, in dem die für den Sozialstaat relevanten Institutionen und Politiken einem gemeinsamen Modell folgen.

reiche Demonstrationen und andere Protestformen erprobt wurden, wäre ebenfalls von einer künftigen integrationshistorischen Gewerkschaftsforschung zu untersuchen.

(7) Die Rolle der Gewerkschaften in den industriellen Beziehungen

Als Schwerpunktbereich sozialwissenschaftlicher Gewerkschaftsforschung hat sich in den letzten Dekaden das stark interdisziplinär geprägte Konzept der Arbeitsbeziehungen bzw. der industriellen Beziehungen etabliert.⁶³ Dieser Ansatz lenkt den Blick vor allem auf die unterschiedlichen Beziehungsverhältnisse von Management und Beschäftigten sowie diejenigen zwischen ihren jeweiligen Interessenvertretungen. Untersucht werden in diesem Zusammenhang sowohl arbeitsmarktbezogene Fragen, Aspekte des Arbeitsrechts, der Bereich der industriellen Produktionsweise, als auch soziale Statusverhältnisse und Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Sozialleben einschließlich der zugrundeliegenden Normen, Verträge und Organisationen zur Regulierung von Arbeit.⁶⁴ Seitens der historischen Gewerkschaftsforschung ist der Ansatz der industriellen Beziehungen bislang erst in Ansätzen aufgegriffen worden. Trotz seines eher deskriptiven und allgemeinen Zuschnitts verdient er aber dennoch Beachtung, vermag er doch einen gewissen Perspektivwechsel von der dominanten akteurs- oder strukturorientierten Sicht – die auch in den für diesen Beitrag bislang skizzierten Problemfeldern überwog – zu einer stärker sach- oder themenbezogenen Sicht zu bewirken.⁶⁵

Das Spektrum der industriellen Beziehungen lässt sich auf zahlreiche Problembereiche beziehen. Für die hier behandelte Thematik sind die multinationalen Konzerne, die seit den 1970er Jahren auch verstärkt in gewerkschaftlichen Debatten Beachtung finden, ein zentraler Bezugspunkt.⁶⁶ Problematisiert wird in diesem Zusammenhang vor allem, dass Konzerne über Ländergrenzen hinweg operieren und dementsprechend auch Güter, Kapital und selbst Arbeitskräfte bewegen; nicht zuletzt Überlegungen zu Standortkoalitionen und zur Standortkonkurrenz haben vor diesem Hintergrund eine ganz neue Bedeutung erhalten. Mehrere

- 63 Vgl. hierzu grundlegend Walther Müller-Jentsch: *Strukturwandel der industriellen Beziehungen. „Industrial Citizenship“ zwischen Markt und Regulierung*, Wiesbaden 2007. Siehe mit Blick auf die europäische Integration und die Rolle der Gewerkschaften Richard Hyman: *European Integration and Industrial Relations. A case of variable geometry*, in: *Antipode* 3 (2001), S. 468–483.
- 64 Siehe mit Blick auf die europäische Integration auch eine Dokumentation, die von der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions herausgegeben wurde: *European Industrial Relations Dictionary. Overview*, Dublin 2005.
- 65 Vgl. etwa Martin Schwanholz: *The Social Dimension of the European Integration Process – History, Status Quo, Perspectives*, in: György Széll: (Hg.): *European Labour Relations. Vol. I: Common features*, Chippingham 2001, S. 137–166.
- 66 Vgl. exemplarisch für unterschiedliche Zeitabschnitte Ernst Piehl: *Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung. Ein Beitrag zur Analyse und zur Strategie der Arbeiterbewegung im international organisierten Kapitalismus insbesondere in Westeuropa*, Frankfurt am Main 1974; Harm G. Schröter/Geoffrey Jones (Hg.): *The Rise of Multinationals in Continental Europe*, Aldershot, 1993; Bernhard Nagel et al.: *Information und Mitbestimmung im internationalen Konzern*, Baden-Baden 1996; Guglielmo Meardi: *Trade union activists, east and west: comparisons in multinational companies*, Aldershot u. a. 2000.

Dekaden lang haben angesichts dieser Herausforderungen (sozialwissenschaftliche) Studien dominiert, die Untersuchungen zur Rolle von global agierenden Betriebsräten und internationalen Gewerkschaften angestellt haben.⁶⁷ Erst in jüngster Zeit sind demgegenüber auch Studien unternommen worden, in denen stärker spezifische nationale oder subnationale Zugänge behandelt wurden. Im Rahmen dieser Arbeiten wurde gezeigt, dass auch lokale, regionale oder nationale Funktionsträger mit ihren bi- und multilateralen transnationalen Kontakten ein komplexes Interaktionsnetzwerk aufgebaut haben, das sich je nach Fall immer wieder neu konfiguriert.⁶⁸

Dieser Zugang zu einer „Europäisierung der industriellen Beziehungen“⁶⁹ bzw. zu „europäischen Arbeitsbeziehungen“⁷⁰ lässt sich auch für die Geschichtswissenschaft nutzbar machen. Namentlich Thomas Fetzter hat mit seinen Fallstudien zur deutschen und britischen Automobil- und Stahlindustrie das Potenzial entsprechender Untersuchungen aus historischer Perspektive bereits deutlich gemacht, indem er detailliert Hintergründe, Konfliktmuster und Strategien im jeweiligen Bereich der Arbeitsbeziehungen untersucht hat.⁷¹ Eine noch höhere Relevanz würde dieser Zugang erfahren, wenn eine größere Anzahl von Fallstudien vorläge, die in Beziehung zueinander gestellt werden könnten, um so stärker generalisierbare Aussagen treffen zu können. Wie unterschiedlich entsprechende Strategien in den industriellen Beziehungen ausfallen, hat unlängst Roland Erne gezeigt, der auf Grundlage mehrerer Fallstudien zu industriellen Beziehungen in Europa zwischen einer stärker europäisch ausgerichteten Strategie der Gewerkschaften und dem Konzept der Renatio-

- 67 Vgl. jüngst Craig Phelan (Hg.): *The Future of Organised Labour. Global Perspectives*, Oxford u. a. 2007 oder Kate Bronfenbrenner (Hg.): *Global Unions. Challenging transnational capital through cross-border campaigns*, Ithaca 2007.
- 68 Vgl. etwa Andreas Bieler/Ingemar Lindberg/Devan Pillay (Hg.): *Labour and the Challenges of Globalization. What prospects for transnational solidarity?*, London 2008. Siehe auch Andreas Bieler: *European Integration and the Transnational Restructuring of Social Relations. The Emergence of Labour as a Regional Actor?*, in: *Journal of Common Market Studies* 3 (2005), S. 461–484.
- 69 Vgl. auch den Untersuchungsstrang zur Europäisierung der industriellen Beziehungen bei Hella Schmidt: *Aufgaben und Befugnisse der Sozialpartner im europäischen Arbeitsrecht und die Europäisierung der Arbeitsbeziehungen*, Frankfurt am Main 2002 sowie Hans-Jürgen Bieling/Thorsten Schulten: *Reorganisation der industriellen Beziehungen im europäischen Mehrebenensystem* in: *Industrielle Beziehungen* 3 (2002), S. 245–273.
- 70 Siehe Wolfgang Lecher/Hans-Wolfgang Platzer (Hg.): *Europäische Union – Europäische Arbeitsbeziehungen? Nationale Voraussetzungen und internationaler Rahmen*, Köln 1994 und Dirk Buda: *Auf dem Weg zu europäischen Arbeitsbeziehungen? Zur Perspektive des Sozialen Dialogs in der Europäischen Union*, in: Michael Mesch (Hg.): *Sozialpartnerschaft und Arbeitsbeziehungen in Europa*, Wien 1995, S. 289–333.
- 71 Vgl. hierzu die – auf einer am EUI abgeschlossenen Dissertation des Autors basierenden – Studien von Thomas Fetzter: *Europäische Gewerkschaften und Multinationale Unternehmen nach 1945: Ein Forschungsvorschlag*, in: Hartmut Kaeble/Martin Kirsch (Hg.): *Selbstverständnis und Gesellschaft der Europäer. Aspekte der sozialen und kulturellen Europäisierung im späten 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2008, S. 351–380 und ders.: *International Challenges and National Allegiances: British and West German Trade Union Politics at Ford, 1967–1973*, in: *Contemporary European History* 1 (2009), S. 99–122.

nalisierung differenziert.⁷² Ernes Schlussfolgerung, dass es Gewerkschaften bisher nur dann gelungen ist, die EG/EU-Politik zu beeinflussen, wenn ein gewisses öffentliches Interesse bzw. eine europäische Öffentlichkeit erzeugt werden konnte, verweist auch auf die Verbindungslinien zur Frage der politischen Rolle von Gewerkschaften.

Die industriellen Beziehungen spiegeln sich darüber hinaus auch in den formalen und informellen Strukturen sozialpolitischer Konsultation und Kooperation in Europa wider. Zur Agenda entsprechender Forschungen würde etwa mit Blick auf die 1950er Jahre gehören, zu untersuchen, unter welchen Modi gewerkschaftliche Beteiligung und auf Grundlage welcher Kooperationsmuster Mindeststandards – etwa im Bereich der Wanderarbeiter in der EGKS – festgelegt wurden. In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, dass neben den Gewerkschaften noch zahlreiche weitere Akteure beteiligt waren wie Cédric Guinand mit Hinweis auf die Rolle und die Bedeutung der International Labour Organisation (ILO) für die Herausbildung der sozialen Sicherheit in den sechs Gründerstaaten der Europäischen Union hervorgehoben hat.⁷³ Die Politik der Mindeststandards wurde auch in den 1960er und vor allem in den 1970er Jahren fortgesetzt, als erste Harmonisierungsbestrebungen bei Massenentlassungen, bei der Wahrung der Arbeitnehmeransprüche bei Unternehmensumbildungen oder zur Gleichbehandlung am Arbeitsplatz behandelt wurden.

Zum Spektrum der industriellen Beziehungen gehört schließlich auch die Beteiligung der Gewerkschaften an den institutionalisierten Mitwirkungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene. In diesem Bereich sind die historischen Lücken besonders groß, da wir gegenwärtig nur wenig über die Rolle des Beratenden Ausschusses der EGKS, des (Europäischen) Wirtschafts- und Sozialausschusses der E(W)G oder auch des Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen wissen, da diese Institutionen bislang auch von der sozialwissenschaftlichen Forschung vernachlässigt wurden.⁷⁴

In den beiden letzten Dekaden haben sich im Hinblick auf Fragen der industriellen Beziehungen im europäischen Kontext vor allem Sozialwissenschaftler zu Worte gemeldet, die die Tragfähigkeit von Konzepten wie der „Methode der offenen Koordinierung“ diskutieren,⁷⁵ die Ausgestaltung redistributiver und sozialregulativer Politik betrachten,⁷⁶ die

72 Vgl. Roland Erne: *European Unions. Labor's Quest for Transnational Democracy*, Ithaca u. a. 2008.

73 Vgl. Cédric Guinand: *Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die soziale Sicherheit in Europa (1942–1969)*, Bern 2003.

Von hoher Relevanz für künftige Untersuchungen zur Gewerkschaftsforschung wäre auch eine Studie zur Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) mit Sitz in Dublin. Die als Agentur der Gemeinschaft firmierende Stiftung wurde 1975 gegründet und hat seitdem zahlreiche Studien zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa erstellt.

74 Vgl. aber aus primär rechtswissenschaftlicher Perspektive Katharina Vierlich-Jürcke: *Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaften*, Baden-Baden 1998. Siehe näher zum (E)WSA auch den Beitrag von Rumpf in diesem Heft.

75 Vgl. exemplarisch Michael W. Bauer/Ralf Knöll: *Die Methode der offenen Koordinierung: Zukunft europäischer Politikgestaltung oder schleichende Zentralisierung?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2 (2003), S. 33–38.

76 Giandomenico Majone: *Redistributive und sozialregulative Politik*, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*, Opladen 1996, S. 225–248.

Umsetzung sozialpolitischer Richtlinien erörtern⁷⁷ oder einzelne Schritte in Richtung einer weitergehenden sozialen Integration der betroffenen Wirtschaftsräume – wie etwa durch den „Sozialen Dialog“ – analysieren.⁷⁸ In jüngster Zeit hat sich die Forschung zudem eingehender mit den Auswirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs auseinandergesetzt, die zuletzt europaweit abgestimmte Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften erschwert haben.⁷⁹ Für historische Zugänge zum Themenfeld „deutsche Gewerkschaften europäische Integration“ stellt sich angesichts der hier nur grob skizzierten Bandbreite der industriellen Beziehungen einmal mehr die Herausforderung, vor allem die Haltung der Gewerkschaften zu – bzw. die Rolle in – den entsprechenden Problemfeldern aufzuarbeiten und dabei stärker als dies bisher möglich war, Wirkungszusammenhänge und -mechanismen im Spannungsfeld von Europäisierung und Globalisierung zu beleuchten.

(8) Die Rolle der Gewerkschaften als Lobbyorganisationen

Eng verbunden mit dem Konzept der industriellen Beziehungen, aber stärker auf den Aspekt der Interessenvertretung ausgerichtet ist die Frage nach dem Zugang deutscher Gewerkschaften zu den Gemeinschaftsorganen auf europäischer Ebene. Seitens der sozialwissenschaftlichen Forschung ist dieses Themenfeld im Hinblick auf die Frage, warum Interessengruppen sich auf europäischer Ebene engagieren, welche Strategien sie verfolgen, auf welche EU-Institutionen sie setzen, und was die wichtigsten Punkte des Zugangs im EU-Mehrebenensystem bzw. auf europäischer Ebene sind, bereits eingehender bearbeitet worden.⁸⁰ In den entsprechenden Studien wird in der Regel die Schlussfolgerung gezogen, dass die EG- bzw. EU-Organen nicht nur eine Arena für Lobbypolitik darstellen, sondern, dass diese Organe die Interessengruppen selbst auch beeinflussen und formen.

Einmal mehr gilt aber auch hier, dass entsprechende Forschungsthesen gerade mit Blick auf Gewerkschaftspolitik noch einer grundlegenden Überprüfung für die einzelnen Phasen europäischer Integration bedürfen. Ob Gewerkschaften durch spezifische Formen des Lobbyismus gekennzeichnet sind, wie weit ihre Anstrengungen reichten und zu welchen Ergebnissen sie geführt haben, all dies ist bis jetzt noch weitgehend unbekannt und kaum empirisch untersucht. Infolgedessen ist die Frage, wo sich der spezifisch gewerkschaftliche „Platz

77 So etwa Oliver Treib: Die Bedeutung der nationalen Parteipolitik für die Umsetzung europäischer Sozialrichtlinien, Frankfurt am Main 2004.

78 Vgl. aus der Fülle der Literatur Viviane Schildlein: Der Soziale Dialog – Übertragbarkeit nationaler Sozialpartnerbeziehungen auf die EU? Frankfurt am Main 2000 und Chunrong Zheng: Die Rolle der Europäischen Kommission und Sozialpartner im sozialpolitischen Integrationsprozess. Eine neo-institutionalistische Analyse des sozialen Dialogs, Baden-Baden 2006.

79 Vgl. hierzu etwa das von der FES herausgegebene Heft: Der EuGH und das soziale Europa. Für eine Aufwertung sozialer Grundrechte im EU-System, Bonn, Mai 2009.

80 Vgl. als grundlegende Überblicke Justin Greenwood: Interest representation in the European Union, New York 2003 und Rainer Eising/Beate Kohler-Koch: Interessenpolitik im europäischen Mehrebenensystem, in: dies. (Hg.): Interessenpolitik in Europa, Baden-Baden 2005, S. 11–75.

in der Lobby“ befindet, auch ein zentrales Thema künftiger integrationshistorischer Gewerkschaftsforschung.⁸¹

(9) Politikfelder

Einen weiteren Kernbereich des Themas deutsche Gewerkschaften und europäische Integration stellt die Untersuchung einzelner Politikfelder dar. Wurden in den bisher behandelten Problemfeldern eher grundsätzliche Leitbilder und europapolitische Strukturen berücksichtigt, geht es hier um stärker politikfeldbezogene Entwicklungen. Besondere Beachtung kommt dabei der Sozialpolitik, der Tarifpolitik, der Arbeitsmarktpolitik sowie der Gesundheitspolitik zu.

Politikfeldspezifische Betrachtungen erfordern detaillierte Kenntnisse der jeweiligen Politikbereiche und ihrer Entwicklung. Dabei darf – jenseits aller Asymmetrie zwischen stärker ausgeprägter europäischer Wirtschafts- und schwächer ausgeprägter europäischer Sozialpolitik⁸² – nicht übersehen werden, dass in der Regel schon deutlich bevor zeitlich ein Politikfeld formal vergemeinschaftet wurde, auf europäischer Ebene entsprechende Aktivitäten auszumachen waren. So sind etwa schon lange vor In-Kraft-Treten der Einheitlichen Europäischen Akte sozialpolitische Rechtsakte im Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft verabschiedet worden. Bereits im EGKS-Vertrag wurde die Notwendigkeit betont, zur „Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen“,⁸³ um in diesem Sinne „auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter hinzuwirken“ (Art. 2 und 3 EGKS-Vertrag).⁸⁴ Auf der Grundlage dieser arbeits- und sozialrechtlichen Vertragsgrundlagen sah sich die EWG schon in den 1960er Jahren in der Lage, Verordnungen oder Programme im Bereich der Freizügigkeit und der sozialen Sicherheit von Wanderarbeitnehmern zu verabschieden. Da es sich bei den sonstigen sozialpolitischen Zielsetzungen jedoch weitgehend um lediglich unverbindliche Absichtserklärungen handelte, blieb der Gesamtrahmen europäischer Sozialpolitik begrenzt. Die nachrangige Behandlung sozialpolitischer Fragen dokumentiert auch der 1965 eingerichtete Europäische Sozialfonds, der nur ein Schattendasein führte und vor

81 Vgl. aus aktueller Perspektive hierzu Juri Hälker/Claudius Vellay: Ein Platz in der Lobby. Die deutschen Gewerkschaften und das europäische Sozialmodell, in: Lars Dieckmann/Lena Ellenberger/Frank Nietzsche (Hg.): Erneuerung des Sozialstaats in Europa, Berlin 2007, S. 149–161.

82 Vgl. hierzu zuletzt ausführlich René Leboutte: Histoire économique et sociale de la construction européenne, Brüssel 2008.

83 Vgl. zur Ausgestaltung dieser Sozialpolitik aber die kritischen Anmerkungen im Beitrag von Bühlbäcker in diesem Heft.

84 Institutionell verstärkt wurde die Regelung sozialpolitischer Fragen in der EGKS durch den Beratern Ausschuss, in dem die Sozialpartner gemeinsam mit den Vertretern der Verbraucher sowie der Kohle- und Stahl-Händler Stellungnahmen an die Hohe Behörde bzw. später an die Kommission abgaben. In den Römischen Verträgen hatte die Sozialpolitik lediglich eine dem Ziel der wirtschaftlichen Integration nachgeordnete Bedeutung. Konkrete Kompetenzen wurden der Gemeinschaft allein für den Bereich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und, damit verbunden, für die soziale Sicherheit von Wanderarbeitnehmern zugesprochen.

allem auf strukturschwache Regionen sowie die Mobilitätsförderung der Arbeitnehmer ausgerichtet war. Nachdem die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft in einer sozialpolitischen Erklärung das Ziel einer „europäischen Sozialunion“ betont hatten, avancierte das „sozialpolitische Aktionsprogramm“ der Kommission zu einem zentralen Referenzpunkt europäischer Gewerkschaftspolitik.⁸⁵

Aus Sicht einer europabezogenen Gewerkschaftsforschung erscheint es notwendig, die Rolle der Gewerkschaften sowohl bei der Ausbildung einzelner konstitutioneller Schritte des Primärrechts als auch bei der sekundärrechtlichen Ausgestaltung der Politikfelder zu untersuchen. Im Hinblick auf letzten Aspekt verdienen auch pfadabhängige Entwicklungen besondere Beachtung.⁸⁶ Gegenwärtig liegen vor allem zur Sozialpolitik zahlreiche Publikationen vor,⁸⁷ die partiell auch die Rolle der Gewerkschaften mit einbeziehen.⁸⁸ Diese Publikationen sind aber erneut sozialwissenschaftlicher Provenienz und konzentrieren sich überwiegend auf den Zeitraum seit den 1990er Jahren. Entsprechende Studien zu den Wachstums- und Differenzierungsschüben der Gemeinschaft in der Tarif-⁸⁹ und Arbeitsmarktpolitik⁹⁰ sind deutlich dünner gesät und stellen für die Historiografie ebenfalls ein wichtiges For-

- 85 Bereits 1975 konnte u. a. eine erste arbeitsrechtliche Richtlinie im Fall von Massenentlassungen in multinationalen Unternehmen, 1977 eine Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften über die Sicherung von Arbeitnehmeransprüchen beim Eigentümerwechsel von Unternehmen und im Oktober 1980 eine Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers verabschiedet werden.
- 86 Vgl. aus historischer Perspektive zur Sozialpolitik – und Verweisen auf divergierende west- und osteuropäische Pfade – jetzt Christoph Boyer: *Lange Entwicklungslinien europäischer Sozialpolitik im 20. Jahrhundert. Eine Annäherung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009), S. 25–62.
- 87 Vgl. vor allem Winfried Schmal/Herbert Rische (Hg.): *Europäische Sozialpolitik*, Baden-Baden 1997; Stephan Leibfried/Paul Pierson (Hg.): *Standort Europa. Europäische Sozialpolitik*, Frankfurt am Main 1998; Gerda Falkner: *EU Social Policy in the 1990s. Towards a Corporatist Policy Community*. London 1998; Wolfgang Kowalsky: *Europäische Sozialpolitik. Ausgangsbedingungen, Antriebskräfte und Entwicklungspotentiale*, Opladen 1999 und Simone Leiber: *Europäische Sozialpolitik und nationale Sozialpartnerschaft*, Frankfurt am Main 2005. In letzterem Band zählt die Bundesrepublik Deutschland allerdings nicht zu den Auswahlländern der Fallstudien. Siehe aktuell Hans-Wolfgang Platzer: *Konstitutioneller Minimalismus: die EU-Sozialpolitik in den Vertragsreformen von Nizza bis Lissabon*, in: *integration* 1 (2009), S. 33–49.
- 88 Vgl. vor allem Andreas Bieler: *The Struggle for a Social Europe: Trade Unions and EMU in Times of Global Restructuring*, Manchester 2006.
- 89 Vgl. etwa Klaus Busch: *Europäische Integration und Tarifpolitik. Lohnpolitische Konsequenzen der Wirtschafts- und Währungsunion*, Köln 1994, v. a. S. 198–214 und Thorsten Schulten: *Der Flächentarifvertrag – ein europäisches Auslaufmodell?* in: Hilde Wagner/Armin Schild (Hg.): *Der Flächentarif unter Druck. Die Folgen von Verbetrieblichung und Vermarktlichung*, Hamburg 2003, S. 157–167. Zur Tarifpolitik im europäischen Kontext arbeitet auch eine Arbeitsgruppe an der Universität Bremen um Florian Rödl.
- 90 Vgl. u. a. Hans-Wolfgang Platzer: *Die EU-Sozial- und Beschäftigungspolitik nach Amsterdam: Koordinierte und verhandelte Europäisierung?*, in: *integration* 3 (1999), S. 176–190 und Caroline de la Porte/Philippe Pochet: *The European Employment Strategy: existing research and remaining questions*, in: *Journal of European Social Policy* 1 (2004), S. 71–78.

schungsfeld dar. Vergleichbares gilt für Studien zu weniger „klassischen“ Gewerkschaftsfeldern wie Agrar- oder Umweltpolitik.⁹¹

(10) Quellen und Dokumente

Unerlässlich für eine historische Beschäftigung mit dem Themenfeld deutsche Gewerkschaften und europäische Integration ist ein erweitertes Quellenfundament. Die Grundlagen hierfür sind durchaus vielversprechend, da im Gegensatz zu einigen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Deutschland auch im Gewerkschaftsbereich ein ausgebautes Archivwesen existiert. Besondere Bedeutung kommt dabei drei Einrichtungen zu, die im Rahmen dieses Heftes jeweils auch mit eigenen Beiträgen vertreten sind.⁹²

Die Friedrich-Ebert Stiftung hält im Archiv der sozialen Demokratie die mit Abstand umfangreichsten Bestände zur Gewerkschaftsgeschichte vor, darunter auch zahlreiche Akten von europäischen Gewerkschaftsorganisationen. In einer 2003 erstmals erschienenen und 2007 aktualisierten Publikation wurden die einzelnen Bestände der europäischen Organisationen zusammenfassend dokumentiert,⁹³ womit ein hilfreiches Korrelat zu den ebenfalls für diese Thematik relevanten und gut dokumentierten deutschen Gewerkschaftsbeständen existiert. Namentlich die Bestände des DGB und der deutschen Industriegewerkschaften stellen das Fundament künftiger europabezogener Gewerkschaftsforschung dar.⁹⁴ Von kaum zu überschätzendem Wert sind infolgedessen die umfangreichen Findmittel und Repertorien des Archivs der sozialen Demokratie, die zum Teil auch online zugänglich sind.

Im Bochumer Archiv für soziale Bewegungen (AfsB) werden die Akten der heutigen IG Bergbau, Chemie, Energie und ihrer Vorgängerorganisationen aufbewahrt. Diese vom Umfang her im Vergleich zum AdsD deutlich kleineren Bestände sind von hoher Relevanz, da mit den Akten der IG Bergbau (und Energie) zahlreiche Dokumente derjenigen Gewerkschaft aufbewahrt werden, die sich vor allem in den 1950er und 60er Jahren am eingehendsten mit Fragen der europäischen Integration befasst hat. Dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass der Beratende Ausschuss der EGKS, anders als der Wirtschafts- und Sozialausschuss der EWG, erheblich größere Kompetenzen besaß und deswegen auch eine aktivere europabezogene Gewerkschaftsarbeit erlaubte. Die Bestände des Bochumer AfsB sind zu großen Teilen ebenfalls online auf den Webseiten der Einrichtung recherchierbar.

Das dritte maßgebliche Archiv ist das des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam, das vor allem die Bestände des EGB, darüber hinaus aber auch Bestände

91 Siehe zur Agrarpolitik den in Vorbereitung sich befindenden Beitrag von Rainer Fattmann: Die Gemeinsame Agrarpolitik und die europäische Gewerkschaftsbewegung (1958–1972), unveröffentl. Ms., Bonn 2009.

92 Vgl. hierzu die Beiträge von Klaus Mertsching, Holger Heith und Bouwe Hijma in diesem Heft.

93 Vgl. für die Zweitaufgabe Rudolf Traub-Merz/Michael Schneider/Rüdiger Zimmermann (Hg.): Europäische Gewerkschaftsorganisationen. Bestände im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.

94 Allein die Akten des DGB-Bundesvorstands im AdsD umfassen 3.500 lfd.m., die der IG Metall rund 1.200 lfd. m. Akten.

weiterer europäischer Regionalorganisationen enthält. Auch hier liegen umfangreiche Findmittel in gedruckter und digitaler Form vor.⁹⁵

Ogleich von den Mitarbeitern aller drei Archive ein gesteigertes Interesse an europabezogenen Akten verzeichnet wird,⁹⁶ steckt die Auswertung der Bestände im Hinblick auf Fragen der europäischen Integration noch in den Kinderschuhen. Dies lässt sich auch daran festmachen, dass bisher keine Quelledition mit europabezogenen Aktenbeständen vorgelegt wurde. Die wichtigste und umfangreiche Aktenedition zu den deutschen Gewerkschaften – die „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert“ – stellt zwar ein zentrales Dokumentenfundament für jedwede Forschung zur Gewerkschaftshistorie dar, Fragen der europäischen Integration finden hier aber nur am Rande Berücksichtigung. Infolgedessen gehört es auch zur Agenda künftiger europabezogener Gewerkschaftsforschung eine Ausweitung des Quellenfundaments zu forcieren. Ob dabei im Sinne von traditionellen Formen der Quellerschließung gedruckte – und damit gewissermaßen abgeschlossene – Editionen oder eher offene digitale Publikationsformen sinnvoller sind, scheint nachrangig zu sein, solange mit textkritischen Methoden ein erweiterter Zugang zur Gewerkschaftsgeschichte eröffnet wird, der auch die stark verstreute graue Literatur und die zahlreichen Zeitungsquellen einbezieht, die bisher kaum ausgewertet wurden.⁹⁷

(11) Periodisierungsfragen

Mit der Frage der Periodisierung des Verhältnisses von Gewerkschaften und europäischer Integration ist erneut ein genuin historischer Zugang angesprochen. Von Relevanz sind neben temporalen Entwicklungen und Prozessen auch sich in diachroner Perspektive verändernde Erfahrungs- und Erwartungsstrukturen. Eine zentrale Herausforderung besteht mithin in der Frage, ob oder wie sich die oftmals etwas statischen sozialwissenschaftlichen Zugänge und Konzepte dynamisieren lassen, beispielsweise indem von der Beschreibung von Konstellationen fortgeschritten wird zu einer Untersuchung der fortlaufenden Konstruktionsprozesse solcher Konstellationen. Darüber hinaus ist zu fragen, welchen Stellenwert Krisen und Umbrüche bzw. Veränderungen allgemein haben, deren Untersuchung Historiker ja in aller Regel mehr anzieht als Phasen gesellschaftlicher Stabilität.

Außer der Identifikation von Triebkräften ist in diesem Zusammenhang auch die Frage nach dem Verhältnis von allgemeiner Geschichte, Sozialgeschichte und Integrationsgeschichte von besonderem Interesse für gewerkschaftliche Aktivitäten. In Anlehnung an frü-

95 Nur am Rande sei erwähnt, dass sich weitere relevante Bestände u. a. auch im Bundesarchiv Koblenz und in den Historischen Archiven der EU in Florenz befinden.

96 Vgl. hierzu etwa Christine Bobzien: Rostfrei: Überlieferung der IG Metall im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) – Chancen für die historische Forschung heute, unveröffentl. Ms., Bonn 2009.

97 So finden sich u. a. in den Auslands-Nachrichten des DGB, im Informationsdienst der Europäischen Bewegung und in der Zeitschrift der deutschen Europa Union zahlreiche Hinweise auf europabezogene Gewerkschaftsaktivitäten, die an anderer Stelle keine Berücksichtigung finden.

here wirtschaftshistorische und soziologische Studien⁹⁸ haben unlängst Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael vorgeschlagen, von einem „Strukturbruch“ der frühen 1970er Jahre auszugehen.⁹⁹ Dieser Bruch bezieht sich auf die Wandlungen nach einer vor allem industriell geprägten Boomphase der 1950er und 60er Jahre mit einem relativ stabilen gesellschaftlichen Konsens, festen kulturellen Orientierungsmustern, einer politischen Orientierung nach „Westen“, mit großen Reformbegehren- und Vorhaben sowie einer umfassenden Planungseuphorie. Von dem „Strukturbruch“ nach 1970, so Doering-Manteuffel und Raphael, gingen grundlegende Veränderungen aus, die beträchtliche Wirkung auf die politischen und sozialen Leitvorstellungen in den westeuropäischen Ländern hatten – so etwa mit Blick auf einen Trend zum Rückzug des Staates. Hierfür lässt sich keine eindeutige Zäsur ausmachen, aber sicherlich sind die 1970er Jahre im Allgemeinen und Jahre 1973/74 im Besonderen in ökonomischer Hinsicht mit u. a. der Entwicklung im Nahen Osten, der ersten Ölpreiskrise, der Freigabe der Wechselkurse, mit der Perspektive eines nicht mehr unverminderten Wachstums (Club of Rome, „Grenzen des Wachstums“), mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und mit dem Anwerbestopp von Arbeitsmigranten markante Wegmarken.

Im Hinblick auf die hier behandelte Thematik wäre zu untersuchen, ob auch für die industriellen Beziehungen bzw. die Aktivitäten der Gewerkschaften in den 1970er Jahren ein Strukturbruch auszumachen und dieser Zeitraum als Zäsur zu identifizieren ist. Die Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes 1973 und die Ausweitung der Aktivitäten der nationalen Gewerkschaften auf europäischer Ebene zu Beginn der 1970er Jahre, die auch in diesem Heft dokumentiert werden, liefern jedenfalls Indizien für eine entsprechende Periodisierung.

Zu vertiefen wäre in diesem Zusammenhang schließlich auch das Verhältnis von Zeit und Raum. Die Transnationalisierungsprozesse in Europa weisen mit dem supranationalen Charakter der europäischen Integration besondere Erscheinungsformen, Dynamiken und Handlungslogiken auf. Die spezifischen Integrationsprozesse erscheinen dabei äußerst vielschichtig, denn sie verlaufen in den verschiedenen Segmenten der europäischen Gesellschaften nicht in gleichem Maße und in gleichem Tempo.¹⁰⁰ Vor allem hat die politische Einigung nicht zur Herausbildung einer europäischen (Arbeits-)Gesellschaft geführt, wobei sich die Bedeutung des Begriffs der Arbeitsgesellschaft selbst aber erheblich gewandelt hat.¹⁰¹ Bis

98 Vgl. etwa Knut Borchardt: Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?, in: Martin Broszat (Hg.): Zäsuren nach 1945: Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 27 ff. oder Peter Wagner: Soziologie der Moderne, Frankfurt am Main u. a. 1995, S. 140 ff.; Adelheid von Saldern: Raumbezüge, in: Anselm Doering-Manteuffel: Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006, S. 205–206.

99 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

100 Vgl. hierzu Gerard Delanty/Chris Rumford: Rethinking Europe. Social Theory and the Implications of Europeanization, London 2005 und Stefano Bartolini: Restructuring Europe. Centre formation, system building and political structuring between the nation state and the EU. Oxford 2005.

101 Vgl. Maurizio Bach (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 (2000) Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.

heute folgt in Europa jeder Staat seinem eigenen sozialpolitischen Weg. So gelten französische Arbeitszeiten in Großbritannien als schädlicher Luxus. Britische Regeln gegen Diskriminierung empören hingegen die Deutschen, während zugleich hier die schwedische Elternzeit und der Anspruch auf Teilzeiterwerbstätigkeit für Frauen und Männer als ferne Utopie erscheinen. Eine ähnliche Diskrepanz herrscht bei den Systemen gegen Arbeitslosigkeit. Während die nordeuropäischen Staaten sich um einen Ausgleich zwischen den Einkommensgruppen bemühen, zielen das französische und das deutsche System eher auf eine Statussicherung. Trotz aller Unterschiede setzt Brüssel aber nach und nach europaweite Akzente, so etwa für die Bildschirmarbeit, die Dauer der Arbeitszeit oder den Mutterschaftsurlaub. Auch mit Blick auf die Gleichstellung von Frauen machen sich die Brüsseler bzw. Luxemburger Gesetzgebung und Rechtsprechung zunehmend sozialpolitisch hörbar.

Vor diesem Hintergrund sind Fragen der Periodisierung schließlich auch hinsichtlich des Spannungsverhältnisses von global verursachtem Wandel und dem Ausbau der Europäischen Union zu betrachten.¹⁰² Wie bei der Transnationalisierung insgesamt, tritt bei der Europäisierung das Problem des Verhältnisses von Nationalem und Transnationalem, von Nationalstaat und Transnationalismus in den Vordergrund. Präsentierten sich in traditioneller Sichtweise Nationalstaat, Gesellschaft und Kultur noch relativ deckungsgleich, kann eine solche Kongruenz in Bezug auf Europa nicht mehr vorausgesetzt werden. Integration und Fragmentierung ziehen die Herausbildung von mannigfaltigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Raumstrukturen nach sich, die national heterogen, vielfach verflochten und mehrdimensional sind.¹⁰³ Eine Untersuchung entsprechender Strukturen stellt aus historischer Perspektive ein äußerst breites und komplexes Forschungsfeld dar, zu dem die Gewerkschaftsforschung gleichwohl einen wichtigen Baustein beitragen kann.

(12) Interdisziplinäre Forschung

Die bisherigen Überlegungen haben angedeutet, dass es für die integrationshistorische Gewerkschaftsforschung ertragreich sein kann, den Blick auf die akademischen Nachbardisziplinen zu richten. Die systematischen Beiträge der Sozialwissenschaft, die bereits vor Jahrzehnten in ihren Studien zur seinerzeitigen (Wirtschafts-)Gemeinschaft eine beträchtliche Detailtiefe und mannigfaltige Forschungsergebnisse erarbeitet hat, mögen methodisch differieren, (über-)pointiert abstrahieren und im Einzelfall überholt oder widerlegt sein. Aber sie können den Historiker in die Lage versetzen, eine Systematisierung des gewerkschaftlichen Handelns in diachroner Perspektive – in einer produktiven Verknüpfung mit historischer Quellenarbeit – zu durchleuchten. Hieraus ließe sich ein weitergehender Erkenntnisgewinn für die Einordnung oder die Falsifizierung von Einzelergebnissen sowie für systematische Darstellungen und Zusammenfassungen ziehen. Die Traditionen der historischen Wissen-

102 Vgl. zur Wechselwirkung u. a. Helen Wallace: *Europeanization and Globalization: Complementary or Contradictory Trends?* in: *New Political Economy* 3 (2000), S. 369–382.

103 Vgl. hierzu auch ausführlicher Ludger Pries: *Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften*, Frankfurt am Main 2007.

schaften mit ihrem ausgebauten Repertoire an quellenkritischen Methoden und ihrem langen Ringen um eine abstrakte Beschreibung können so mit den theoretischen Einordnungen, die seitens der Sozialwissenschaften entwickelt wurden, sinnvoll verbunden werden.

Dabei sollten die aktuellen „Moden“ und „Turns“ der wissenschaftlichen Forschung grundlegende Erkenntnisinteressen nicht verstellen. Vielmehr sollte es Ziel sein, das geschichtswissenschaftliche Verständnis von historischen Dokumenten, also die fachliche Wahrnehmung der Quellen zur europabezogenen Gewerkschaftsgeschichte im weitesten Sinne, mit dem bereits geleisteten wissenschaftlichen Ergebnissen über diese Zeugnisse der Vergangenheit soweit in Synthesen zu fassen, dass diese auch in sich wandelnden Forschungslandschaften eine Grundlage für generalisierbare Ergebnisse bilden; nur so vermag die europäische Integrationsgeschichte letztlich auch jene integrative Perspektive entwickeln, die notwendig ist, um das Verhältnis von deutschen Gewerkschaften und europäischer Integration auf ein erweitertes Fundament zu stellen.